

MITTWOCH, 27. DEZEMBER 2017

F.A.Z. - WIRTSCHAFT

Im Gespräch: Detlef Scheele, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit

„Für Langzeitarbeitslose brauchen wir Geld“

Der Chef von Deutschlands größter Behörde hat noch viele Wünsche an die nächste Bundesregierung. Sorgen machen ihm auch Schulabbrecher und die Integration der Flüchtlinge.

In den Jamaika-Sondierungen spielte der Arbeitsmarkt keine große Rolle. Wird sich das im Januar ändern, wenn die SPD mit im Boot ist?

Wenn die ehemalige Arbeitsministerin Andrea Nahles und der Arbeitnehmerflügel der Union mit am Tisch sitzen, dann gehe ich mal davon aus, dass auch die Themen eine Rolle spielen werden, die uns im Grundsicherungssystem, also im Bereich der Jobcenter, interessieren.

Was genau treibt Sie um?

Zunächst muss die Grundsicherung solide finanziert sein. Seit 2013 ist der Haushalt für die Jobcenter gedeckelt. Zuletzt wurden 700 Millionen Euro von der aktiven Arbeitsmarktpolitik in die Verwaltung umgeschichtet. Nächstes Jahr wird es voraussichtlich eine Milliarde sein. Wenn man etwas für den Zusammenhalt der Gesellschaft und gegen Langzeitarbeitslosigkeit tun will, was die meisten Parteien ja in ihren Programmen stehen haben, dann brauchen wir Geld. Mit dem, was wir jetzt haben, können wir unsere Vorhaben nicht umsetzen.

Wie groß ist denn Ihr Finanzbedarf für das steuerfinanzierte Hartz-System?

Neben der besagten Milliarde brauchen wir 600 Millionen Euro für einen halbwegs ausgebauten sozialen Arbeitsmarkt für rund 150 000 Langzeitarbeitslose und 450 Millionen Euro für die Betreuung der Flüchtlinge. Dann hätten wir ausreichend Mittel für mehr Personal und notwendige Maßnahmen.

Lässt sich Langzeitarbeitslosigkeit allein mit mehr Geld wirklich bekämpfen?

Nein, wir müssen das System auch deutlich vereinfachen. Das Thema gehört in den nächsten vier Jahren wieder auf die Tagesordnung.

Schon in der vergangenen Legislaturperiode gab es ein Gesetz zur Hartz-IV-Vereinfachung. Hat sich denn spürbar etwas verbessert?

Nein, das ist kaum spürbar. Es gab zwar einige Erleichterungen, aber mit Blick auf Koalitionsverhandlungen müssen wir das Thema noch mal angehen. Wir brauchen Änderungen bei den Bagatellgrenzen. Bisher müssen wir von einem Wert von 8 Euro an die Schulden bei den Leistungsempfängern eintreiben. Wir halten einen deutlich höheren Betrag für angebracht. Er sollte noch niedrig genug sein, damit er keine falschen Anreize setzt, ein höherer Bagatellbetrag als bisher würde aber den Aufwand erheblich senken. Außerdem sollten wir die Wohnkostenzuschüsse

pauschalisieren. Das geht nicht für ganz Deutschland, sondern regional oder lokal. Aber dass wir weiterhin im Detail nach Quadratmetern abrechnen und Strom und Heizung ebenfalls, macht wenig Sinn.

Das sind bekannte Forderungen. Schwebt Ihnen auch Neues vor?

Bisher werden die Mittel zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen gleichmäßig nach Anzahl der Bedarfsgemeinschaften an die Jobcenter verteilt. Künftig würden wir einen kleinen Teil nach Wirkung verteilen wollen. Wenn also die Zahl der Langzeitarbeitslosen kontinuierlich sinkt, soll das honoriert werden.

Ein Wettbewerb für Ihre 303 Jobcenter?

Ich würde eher von einem Anreiz sprechen. Wir werden aber darüber diskutieren müssen, wie wir Erfolge in so unterschiedlichen Regionen wie Gelsenkirchen und dem Tegernsee vergleichen und bewerten. Zudem sollte man Geld, das in einem Jobcenter nicht ausgegeben wird, innerhalb der Bundesländer anderen zur Verfügung stellen können. Wir brauchen auch keine Sonderprogramme mehr, der Arbeitsmarkt ist in Sachen Langzeitarbeitslosigkeit ausreichend erforscht. Die Administration der Grundsicherung ist sehr schwierig. Wir haben mehr als ein halbes Dutzend Ansprüche für Mehrbedarfe, von der werdenden Mutter bis zu dezentraler Warmwassererzeugung. Wir müssen die Anrechnung von Einkommen und Vermögen auf das Arbeitslosengeld II sowie die Hinzuverdienstgrenzen vereinfachen. Das muss alles ganz einfach sein, dann verstehen das auch die Hilfebedürftigen viel besser.

Werden diese Maßnahmen zum selben Preis zu haben sein?

Nein, das wird in der Tendenz durch die Pauschalen leicht teurer. Aber dafür haben die Mitarbeiter der BA mehr Zeit für Beratung und Vermittlung. Ich finde, die Grundsicherung ist ein gutes System, sie müsste nur von allen Leuten auch verstanden werden. Das wäre ein großer Gewinn.

Die Beschäftigung in Deutschland ist so hoch wie nie, weil die Wirtschaft floriert. Einige Ökonomen warnen schon vor einer Überhitzung. Läuft auch der Arbeitsmarkt bald heiß?

Wir gehen davon aus, dass die Arbeitslosenzahl im kommenden Jahr um bis zu 60 000 Personen im Jahresdurchschnitt auf weniger als 2,5 Millionen sinken wird. Der Rückgang wird allerdings durch die Flüchtlinge gebremst. Die Gefahr einer Überhitzung sehe ich akut nicht. Aber mittelfristig können wir unseren Bedarf an Arbeitskräften nicht allein decken. Deshalb werden wir – nach den Prognosen unseres Forschungsinstituts IAB – rund 300000 qualifizierte Zuwanderer im Jahr benötigen. Das wird auch nicht allein aus EU-Ländern zu schaffen sein, sondern wir brauchen dafür Zuwanderung aus Drittstaaten.

Die Jamaika-Sondierer waren schon nahe an einem Einwanderungsgesetz.

Ein solches Gesetz spielt aus meiner Sicht eine wichtige Rolle. Das hat aber nichts mit Flüchtlingen zu tun, die aus humanitären Gründen zuwandern. Hier geht es um Menschen, die kommen sollen. Deshalb kann Deutschland auch Kriterien aufstellen.

Welche Arbeitskräfte sollen kommen?

Wir haben ja eine Liste von Mangelberufen definiert. Ein akuter Bedarf besteht etwa an

Pflegekräften. Ansonsten kommt es darauf an, dass man einen Beruf in der Heimat erlernt und bewiesen hat, dass man relativ schnell dazulernen kann. Wir haben ja auch Engpässe an Klempnern und Installateuren, aber die werden wir nach unseren Standards auf den Philippinen nicht finden. Deshalb müssen wir schauen, welche Grundfertigkeiten und Teilqualifikationen es gibt und worauf wir aufbauen können, damit der Beruf als gleichwertig anerkannt werden kann.

Das deutsche Einwanderungsrecht gilt als eines der liberalsten auf der Welt, das weiß nur kaum jemand. Wäre das Einwanderungsgesetz denn mehr als eine Bündelung mit neuem Etikett?

Ich denke auch, dass wir fast alle wichtigen Instrumente schon haben. Die Schwierigkeiten hängen eher mit großer Unkenntnis im In- und Ausland und manchmal auch Stoffeligkeit im Umgang mit den Regeln zusammen. Aus unserer Sicht sollten bestimmte Prozesse künftig schon im Ausland ablaufen: Der Erwerb der deutschen Sprache, die Anerkennung der beruflichen Qualifikationen, der Kandidat muss ein Angebot für einen passenden Arbeitsplatz in Deutschland bekommen, und schließlich wird das Visum erteilt, um hier zu arbeiten.

Im Herbst hat die Arbeitsagentur eine Niederlassung in Marokko eröffnet für solche Rekrutierungen. In Tunesien und auf dem Balkan gibt es ähnliche Büros. Wird die Behörde gerade globalisiert?

Wir haben zumindest gerade einen Geschäftsbereich Internationales gegründet. Dort wird im nächsten halben Jahr eine Strategie ausgearbeitet, wie wir unser Auslandsgeschäft stärken können.

Viele Handwerker beklagen schon, dass sie kaum noch geeignete Kandidaten für eine Ausbildung finden. Wie beurteilen Sie die Qualität von Schulabgängern, sehen Sie da Veränderungen?

Nein, flächendeckend sehen wir keine Veränderung. Außerdem haben wir eine Reihe von Instrumenten auf den Weg gebracht, mit denen man nachschulen kann. Die assistierte Ausbildung läuft mittlerweile ganz gut, die musste erst mal in Gang kommen.

Tatsache ist aber, dass rund 50 000 Jugendliche jedes Jahr ohne Schulabschluss auf den Arbeitsmarkt kommen.

Die stehen bei uns vor der Tür und haben schlechte Karten, ja. Auch wenn durch die gute Konjunktur derzeit die Zahl der Arbeitsplätze für Un- und Angelernte sogar steigt. Aber das ist kein dauerhafter Rettungsanker für diese Personen.

Was macht man mit dieser Gruppe?

Wir müssen unbedingt die Zahl der Schulabbrecher reduzieren. Viele dieser Jugendlichen kommen wohl aus Elternhäusern, in denen so etwas nicht zum ersten Mal passiert. Diesen Kreislauf muss man bereits durch frühkindliche Bildung durchbrechen. Darum sagen wir: Das ist nicht unsere primäre Aufgabe, aber es hilft uns, wenn wir dies bereits in unsere Beratung arbeitsloser Eltern einbauen. Denn reparieren ist immer schwerer als verhindern. In Duisburg haben wir ein Modellprojekt, wo unsere Leute sich darum kümmern, dass alleinerziehende Frauen einen Kitaplatz kriegen, dass sie Tagesrandzeiten beantragen, damit sie arbeiten können. Wir sind erfolgreicher, wenn wir ein bisschen zu Kümmerern werden für diesen Personenkreis, als wenn wir warten, bis die nächste Generation abstürzt.

Was tun Sie noch?

Wir wollen auch die Studien- und Ausbildungsabbrecher besser erreichen. Bei Ausbildungsabbrechern gibt es, soweit ich das sehe, eine ganz gute Infrastruktur. Bei Studienabbrechern ist es schwierig, weil viele eingeschrieben bleiben wegen der Krankenversicherung. Irgendwann ist das Kind dann in den Brunnen gefallen. Wir testen jetzt entsprechende Projekte in Düsseldorf, Leipzig und in Kaiserslautern-Pirmasens und ziehen im März Bilanz.

SPD-Ministerin Nahles wollte auch Ihr Haus zur Qualifizierungsbehörde ausbauen, um Beschäftigte auf die Folgen der Digitalisierung vorzubereiten. Wissen Sie denn, was da auf uns zukommt?

Es wird keine Standardlösung geben. Wir können bei Digitalisierungsfragen die Lösungen nicht einkaufen wie ein Bewerbungstraining. Man wird auch für kleine Betriebe mit vielleicht fünf Mitarbeitern passgenau schauen müssen, was da am Arbeitsplatz geschieht und was sich tun lässt für die Beschäftigten. Dazu müssen wir wissen, was die Arbeitgeber künftig brauchen. Das muss ja nicht für die nächsten zehn Jahre sein, aber was in den nächsten zwei, drei Jahren passiert, muss man schon sagen und dann muss man das abgleichen. Es wird nur gemeinsam gehen. Wir können nicht zu den Beschäftigten sagen: „Wir bringen dir das bei, und das schützt dich vor den Folgen der Digitalisierung.“ Aber man kann auch nicht warten, bis der Sozialplan geschrieben ist. Vor allem muss es der Wunsch des Arbeitgebers sein, dass wir ihn dabei unterstützen. Denn klar ist: Weiterbildung ist zuallererst Aufgabe der Betriebe.

Kann das Thema Prävention auch helfen, auf Dauer mal die Langzeitarbeitslosigkeit anzupacken?

Ja, Prävention ist das richtige Mittel, um den „Nachschub“ zu stoppen. Es gibt ja eine große Zahl an Menschen, die – mit Unterbrechung ihrer Arbeitslosigkeit – seit 2005 im Grundsicherungssystem sind. Und für solche Personen sind die Chancen auf Eingliederung ehrlicherweise sehr gering. Die sind häufig älter, haben gesundheitliche Einschränkungen, keine Ausbildung. Darum ist aus unserer Sicht Prävention das wirksamste Mittel, sie nicht entstehen zu lassen. Der zweite Schritt ist die Erhöhung der Kontaktdichte – ein schrecklich technischer Begriff: Also der Vermittler muss den Arbeitslosen öfter sehen.

Was bringt das denn?

Der Vermittler kann dann zum Beispiel intensiv nach einem Arbeitsplatz für jemanden suchen, der erst nach 9 Uhr anfangen kann, weil die Kita mit der Bahn nur bis dahin zu erreichen ist. Und er redet auch mit dem Arbeitgeber und sagt: „Ich hab hier jemanden, der trägt ein Päckchen mit sich herum, aber ich glaube, das geht mit dem.“ Die Arbeitgeber sind da inzwischen auch ein bisschen kompromissbereiter.

Ein wichtiger Weg für Arbeitslose in den Arbeitsmarkt ist die Zeitarbeit. Auf Drängen der SPD wurde die Branche mehrfach reguliert. Wird das wieder ein Thema für eine Koalition sein?

Nein, da hat sich erst mal einiges getan. Wir sehen es ja bei der Integration von Flüchtlingen und Langzeitarbeitslosen – da kann es ein erfolgversprechendes Instrument sein.

Wie kommt die Integration von Flüchtlingen voran?

Es wird besser. Wir hatten zuletzt rund 75 000 Flüchtlinge mehr in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, rund 2000 wechseln zurzeit pro Woche aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung. Das ist

eine schöne Zahl für sich genommen, aber angesichts der Gesamtzahl doch wieder wenig. Wir sind jetzt bei 195 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, ein Anstieg um 60 Prozent. 2018 wird es noch etwas besser werden. Aber es sind fast alles Helfertätigkeiten.

Worin bestehen die Schwierigkeiten?

Das nach wie vor größte Problem ist die Sprache. 50 Prozent der Flüchtlinge schließen den Integrationskurs zwar erfolgreich ab, aber man muss wissen, dass davon nicht alle auch den Prüfungsteil Schriftsprache machen. Ein Großteil der Flüchtlinge kann zwar lesen, verstehen und auch sprechen, aber nicht schreiben. Damit ist der Zugang zur Berufsschule faktisch versperrt. Also brauchen wir stärker auf die Arbeitswelt bezogene Sprachkurse. Wir haben dafür jetzt ein neues Sprachmodul, damit sind wir einen Schritt weiter.

Im Gegensatz zum steuerfinanzierten Hartz-System klingeln in der Arbeitslosenversicherung dank der Rekordbeschäftigung die Kassen. Wann sinkt der Beitragssatz von derzeit 3 Prozent, und wie groß ist der Spielraum?

Ich glaube es gibt nur wenige, die die Senkung grundsätzlich ablehnen. Die Bandbreite geht runter bis auf 2,5 Prozent. Man muss wissen, dass uns 0,1 Prozentpunkte rund 1,1 Milliarden Euro kosten. Eine Senkung um 0,5 Punkte würde uns keinen ausgeglichenen Haushalt mehr ermöglichen. Ich habe mich für 0,2 Prozent ausgesprochen. Wenn es so weit ist, müssen wir uns mal die aktuellen Zahlen anschauen, die bewegen sich ja doch immer sehr. Wir haben immer gesagt, wenn unsere Rücklagen sich auf um die 20 Milliarden Euro belaufen, soll der Beitrag gesenkt werden, und ich gehe davon aus, dass das 2019 auch passiert. Es wäre aber wichtig, wenn es auch ein Einverständnis gäbe, dass der Beitrag auch mal wieder steigen kann. Denn wir sind die Sozialversicherung, die so unmittelbar von der Konjunktur abhängig ist wie keine andere. Wenn es mal in die andere Richtung geht, kracht es bei uns sofort.

Das Gespräch führten

Britta Beeger und Sven Astheimer.